

Jagd-Wahlprüfsteine zur Bayerischen Landtagswahl 2018

01.10.2018

Zur Bayerischen Landtagswahl 2018 haben

- der BUND Naturschutz in Bayern,
- der Ökologische Jagdverein Bayern und
- die Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft Bayern

die Positionen der verschiedenen Parteien zu aktuellen, wichtigen jagdlichen Themen nachgefragt.

Nachfolgend werden die Ergebnisse vergleichend dargestellt.

Die Verbände bedanken sich bei den Parteien für ihre Mitwirkung.



A) Grundsätzliches

1) Grundsatz „Wald vor Wild“

	CSU	SPD	B'90/ Grüne	Freie Wähl.	FDP	Linke	ÖDP
Befürwortet Ihre Partei den im Bayerischen Waldgesetz verankerten Grundsatz „Wald vor Wild“ , der es ermöglichen soll, dass Waldbesitzer ihre Wälder im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen verjüngen können (Waldverjüngungsziel)?				k.A.		?	

	CSU	SPD	B'90/ Grüne	Freie Wähl.	FDP	Linke	ÖDP
Setzen Sie sich dafür ein, dass der o.g. Grundsatz „Wald vor Wild“ gestärkt wird bzw. verstärkt umgesetzt wird?						?	

Bewertung der Antworten durch BN, ÖJV und ANW:

Der Grundsatz „Wald vor Wild“ ist ein zentraler Grundsatz für das bayerische Jagdwesen und entscheidend für eine naturnahe Waldwirtschaft. Er besagt, dass der Wildbestand so zu regulieren ist, dass sich die heimischen Baumarten ohne Zaun oder Einzelschutz verjüngen und hochwachsen können. Wildtiere, wie Rehe, Hirsch und Gams, benötigen Pflanzen als Nahrung. Wer Wildtiere erhalten will, muss daher zuerst an die Lebendgrundlagen denken, sie erhalten bzw. schützen. Dies ist im Wesentlichen die Kernaussage dieses Grundsatzes: der Schutz des Lebensraumes Wald muss Vorrang

haben vor einer einseitigen „Hege“ der Wildarten Reh, Gams oder Hirsch, so wie sie in der Vergangenheit über viele Jahrzehnte zum Schaden der Wälder betrieben wurde. Es ist sehr erfreulich, dass 5 von 7 Parteien diesen zentralen Grundsatz heute klar befürworten. Bedauerlich ist, dass die Linke sich nicht festlegt und dass sich die Freien Wähler grundsätzlich überhaupt nicht äußern, den Grundsatz „Wald vor Wild“ dann aber nicht stärken wollen (s.u.).

Auch wenn der Grundsatz „Wald vor Wild“ schon viele Jahre im Jagdgesetz verankert ist, gibt es in der Umsetzung noch große Defizite. D.h. der gesetzlich vorgegebene Grundsatz wird nur teilweise umgesetzt. Denn auf weiten Teilen der Landesfläche leiden junge Bäumchen unter massivem Wildverbiss und können nicht hochwachsen. Deshalb wäre nach Ansicht der Verbände eine verstärkte Umsetzung sinnvoll, was von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und ÖDP unterstützt wird. Dagegen lehnen CSU, Freie Wähler und FDP eine verstärkte Umsetzung ab, trotz der bekannten Defizite.

2) Forstliches Gutachten und Revierweise Aussagen

	CSU	SPD	B'90/ Grüne	Freie Wähl.	FDP	Linke	ÖDP
Will Ihre Partei am Forstlichen Gutachten und den Revierweisen Aussagen festhalten?				k.A.			

Das Forstliche Gutachten und die Revierweisen Aussagen sind die einzigen Instrumente, mit denen die unabhängige Forstverwaltung im 3-jährigen Turnus den Einfluss des Rehwildes auf die Waldverjüngung in den Jagdrevieren und Hegegemeinschaften beurteilt. Damit erhalten Waldbesitzer und Jäger einen Überblick über die Verbissituation in ihren Wäldern. Die Verbände begrüßen, dass alle Parteien bis auf die Freien Wähler an den bewährten Forstlichen Gutachten und den ergänzenden Revierweisen Aussagen festhalten wollen. Dass sich die Freien Wähler überhaupt nicht dazu äußern, wie insgesamt zu 7 von 12 Fragen, lässt befürchten, dass sie sich für eine Abschaffung bzw. Schwächung dieser Instrumente einsetzen.

3) Vertretung der Jäger

	CSU	SPD	B'90/ Grüne	Freie Wähl.	FDP	Linke	ÖDP
Unterstützen Sie, dass in Zeiten einer pluralistischen Gesellschaft auch der zweitgrößte Jagdverband in Bayern als Vertretung der Jäger nach § 51 Bayerisches Jagdgesetz anerkannt wird?							

Bewertung der Antworten durch BN, ÖJV und ANW:

In Bayern ist nur ein Jagdverband als **Vertretung der Jäger** zugelassen. Der bayerische Verwaltungsgerichtshof hat aktuell bestätigt, dass mehr als ein Jagdverband als Vertretung der Jäger

 Ja

 Nein

? unentschieden

k.A. keine Angabe

anerkannt werden kann, sowie es in anderen Bundesländern der Fall ist. Unser Staat lebt von der Pluralität. Pluralität ist ein demokratisches Element. In keinem anderen Lebensbereich stützen wir uns auf nur eine einzige Meinung. Es ist naheliegend, weitere Vertretungen der Jäger anzuerkennen. Dies wird von 5 von 7 Parteien auch so gesehen. CSU und Freie Wähler wollen am bisherigen Alleinvertretungsanspruch des Bayerischen Jagdverbandes festhalten.

4) Pflichthegeschau

Hält Ihre Partei an der staatlich angeordneten/reglementierten **Pflichthegeschau** fest oder würden Sie im Zuge der Entbürokratisierung eine Liberalisierung unterstützen, die es jagdlichen Vereinen/ Verbänden vor Ort ermöglicht anstatt einer staatlichen Pflichtveranstaltung die Hegeschau auf freiwilliger Basis in Eigenregie durchzuführen?

	CSU	SPD	B'90/ Grüne	Freie Wähl.	FDP	Linke	ÖDP
Liberalisierung als freiwillige Veranstaltung der Jäger bzw. Abschaffung							

Bewertung der Antworten durch BN, ÖJV und ANW:

Das Forstliche Gutachten zur Waldvegetation stellt ausreichende Informationen zur Lage der gehörn- bzw. geweihtragenden Wildtiere zur Verfügung. Das Anschauen der Trophäen bringt hierzu keinen wesentlichen Mehrwert. Es kann Freude bereiten, Trophäen zur Schau zu stellen – für eine gesetzliche Verpflichtung fehlt allerdings die naturwissenschaftliche Grundlage. Die Zuschaustellung der Trophäen des männlichen Schalenwildes kann keinen Beitrag zu den für die Hegeschauen vorgegebenen Aufgaben und Ziele liefern. Daher sollten Hegeschauen freiwillig stattfinden. Die Staatskasse würde dann jährlich um mehrere Hunderttausend Euro entlastet werden. Die Verbände begrüßen, dass SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und ÖDP diese Liberalisierung und Entbürokratisierung unterstützen, während eine ungewohnte Konstellation aus Linken sowie CSU und Freie Wähler dies ablehnt.

B) Schalenwildbejagung

5) Jagdzeit synchronisieren

	CSU	SPD	B'90/ Grüne	Freie Wähl.	FDP	Linke	ÖDP
Setzt sich Ihre Partei dafür ein, die Jagdzeit für das gesamte Rehwild analog zu den bestehenden Jagdzeiten für männliches und weibliches Rotwild, Dam- und Sikawild sowie Schwarzwild bis Ende Januar zu synchronisieren?						?	

Bewertung der Antworten durch BN, ÖJV und ANW:

Die überkommenen jagdzeitlichen Regelungen mit nahezu ganzjährigen Schusszeiten auf unterschiedliche Tierarten setzen Wildtiere unter Dauerstress. Dauerstress macht krank. Wenn

 Ja

 Nein

? unentschieden

k.A. keine Angabe

Wildtiere nicht wissen, ob gerade ihnen im Moment nachgestellt wird, stehen sie unter Stress. Daher sollten zum Tierwohl und Tierschutz Jagdzeiten als Schusszeiten harmonisiert und auf die Zeiten begrenzt werden, in denen effektiv alle Geschlechter und möglichst viele vorkommenden Wildarten bejagt werden können. Die Synchronisierung der Jagdzeiten wird von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Linken und ÖDP unterstützt, während auch hier CSU und Freie Wähler dagegen sind (die Linke ist unentschieden).

6) Mindestabschussplan

Für den **Waldumbau in klimatolerante Wälder** sind angepasste Reh- und Rotwildbestände eine zentrale Voraussetzung. Die Erfahrungen in den bisherigen Waldumbaugebieten zeigen, dass oft deutlich höhere Abschüsse im Sinne von Schwerpunktbejagungen notwendig sind, als in den Abschussplänen auf Jagdrevierebene vorgegeben ist. Bislang müssen diese erhöhten Abschüsse bei Schwerpunktbejagungen durch verringerte Abschüsse in anderen Revierteilen ausgeglichen werden, was dort dann zu einem nicht erwünschten erhöhten Verbiss führt. Damit die Jäger den Waldbesitzern die notwendige Unterstützung beim Waldumbau geben können, wäre es deshalb sinnvoll, Abschusspläne mit Mindestabschusszahlen festzusetzen.

	CSU	SPD	B'90/ Grüne	Freie Wähl.	FDP	Linke	ÖDP
Unterstützt Ihre Partei die Einführung eines Rehwild-Abschussplanes als Mindestabschussplan , der die Abschussvorgabe als Untergrenze mit Mindestabschusszahlen vorsieht?							

Bewertung der Antworten durch BN, ÖJV und ANW:

Der Klimawandel erfordert in vielen Gebieten Bayerns einen Umbau der Wälder bzw. eine höheren Anteil von Baumarten an der Naturverjüngung, die an den Klimawandel besonders angepasst sind. Eine größere Rolle spielen dabei vor allem die Baumarten Eiche, Weißtanne und Buche. Damit diese Baumarten auf größerer Flächen ohne Schutzmaßnahmen hochwachsen können, sind in den betroffenen Jagdrevieren die Abschüsse z.T. deutlich zu erhöhen. Gerade in sehr wildreichen Gebieten oder in Gebieten mit Schwerpunktbejagung wären deshalb Mindestabschusspläne wichtig. Wo viel Wild ist, kann und sollte auch viel geerntet werden. Wer seine Verhältnisse den gesetzlichen Forderungen nach anpassen will, sollte dies auch tun dürfen. Verantwortungsvolle Jäger regulieren die Wildbestände entsprechend. Dazu benötigen sie die Freiheit, zeitlich und örtlich mehr Erlegen zu dürfen. Die Abschusspläne bieten dafür zu wenig Differenzierungsmöglichkeiten. Auch hier sind 5 von 7 Parteien für die Einführung von Mindestabschussplänen, was wieder von CSU und Freien Wählern abgelehnt wird.

7) Rehwild-Fütterungsverbot

Die heimischen Wildtiere sind an den Winter als Nahrungsengpass angepasst. Bislang werden einige Wildtierarten, wie Rehe, jeden Winter gefüttert. Andererseits denkt niemand daran, z.B. Füchse, Bussarde oder Hasen im Winter zu füttern.

 Ja

 Nein

? unentschieden

k.A. keine Angabe

	CSU	SPD	B'90/ Grüne	Freie Wähl.	FDP	Linke	ÖDP
Unterstützt Ihre Partei ein Fütterungsverbot von Rehwild (mit Ausnahme der Kirschung)?						?	

Bewertung der Antworten durch BN, ÖJV und ANW:

Die heimischen Wildtiere sind an den Winter als Nahrungsengpass angepasst. Bislang werden einige Wildtierarten, wie Rehe, jeden Winter gefüttert. Andererseits denkt niemand daran, z.B. Füchse, Bussarde oder Hasen im Winter zu füttern.

Seit Tausenden von Jahren ernähren sich Rehe eigenständig, ohne dass der Mensch sie füttert. Die Kulturlandschaft bietet weit mehr und zudem gehaltvollere Nahrung als in den Urwäldern von einst zu finden war. Milde Winter lassen (menschlich definierte!) Notzeiten kaum mehr aufkommen. Wie sollen Rehe als Wildtiere langfristig gesund bleiben, wenn sie an den Futtertrog gewöhnt werden? Rehe brauchen vielfältige, natürliche Nahrung - keine zusätzliche Fütterung. Hier herrscht ein Patt zwischen den Parteien: Bündnis 90/Die Grünen, SPD und ÖDP unterstützen das Fütterungsverbot; CSU, Freie Wähler und FDP wollen an der althergebrachten Fütterung des Rehwildes festhalten.

8) Aufhebung der Schonzeitverordnung

Im Bergwald werden große Anstrengungen unternommen, um mit hohem finanziellem Aufwand die unersetzlichen Schutzfunktionen der Berg- und Schutzwälder zu sichern. Diese Investitionen in Sanierungsflächen in Schutzwäldern sind jedoch oft durch Verbiss am Winterende gefährdet. Bislang gab es deshalb in Oberbayern eine bewährte Regelung zur **Aufhebung der Schonzeitverordnung** (Verordnung über die Änderung der Jagdzeiten für Schalenwild in Sanierungsgebieten im Regierungsbezirk Oberbayern), die aber 2019 ausläuft.

	CSU	SPD	B'90/ Grüne	Freie Wähl.	FDP	Linke	ÖDP
Setzt sich Ihre Partei dafür ein, diese bewährte Verordnung wieder um 5 Jahre zu verlängern?				k.A.		?	

Bewertung der Antworten durch BN, ÖJV und ANW:

Bergwälder sind Naturgefahren besonders ausgesetzt. Der Schutz der natürlichen Lebendgrundlagen (§ 20a Grundgesetz) muss Vorrang haben vor jagdlichen Interessen. Dies muss in Schutzwäldern besonders deutlich werden. Daher gibt es zum richtungsweisenden Bergwaldbeschluss der Staatsregierung keine Alternative, was auch 6 von 7 Parteien so sehen. Bedauerlich ist, dass sich die Freien Wähler dazu nicht festlegen.

9) Tierschutzgerechte Drückjagden mit Hunden

Für Schalenwildbejagung sind **tierschutzgerechte Drückjagden mit Hunden** unerlässlich. Weil die Jagdhunde dabei auch gelegentlich in benachbarte Jagdreviere laufen, gibt es zunehmend Streit zwischen den Jagdrevieren.

 Ja

 Nein

? unentschieden

k.A. keine Angabe

	CSU	SPD	B'90/ Grüne	Freie Wähl.	FDP	Linke	ÖDP
Unterstützt Ihre Parteien die Kompromissregelung, wie in Baden-Württemberg, nach der das sogenannte „Überjagen“ von Hunden in den angrenzenden Jagdrevieren bei bis zu drei auf derselben Fläche durchgeführten Bewegungsjagden im Jagdjahr zu dulden ist, wenn ihnen die Durchführung der Bewegungsjagd spätestens 48 Stunden vor Beginn angekündigt wurde?				k.A.			

Bewertung der Antworten durch BN, ÖJV und ANW:

Wenn mittels konzentrierter Jagden (Drückjagden) der Wildbestand zügig reguliert werden kann, kehrt zum Wohle der Wildtiere rasch wieder Ruhe im Wald ein. Andere Länder haben dies erkannt und die o.g. Regelung in die Jagdgesetze aufgenommen (z.B. Baden-Württemberg). Wenn sich die Jagdpächter solidarisch zeigen, sind kurzzeitig überjagende Hunde kein Problem. Im Gegenteil: sie unterstützen die Jäger bei der Erlegung. Diese bewährte Kompromissregelung unterstützen 5 von 7 Parteien. Bedauerlich ist, dass CSU sich hier einem Kompromiss verweigert, während sich die Freien Wähler wiederum nicht äußern.

10) Rotwildabschuss im Wintergatter

	CSU	SPD	B'90/ Grüne	Freie Wähl.	FDP	Linke	ÖDP
Unterstützt Ihre Partei den Abschuss von Rotwild im Wintergatter, wie er im Nationalpark Bayerischer Wald in einem Vorfanggatter seit vielen Jahren erfolgreich und tierschutzgerecht praktiziert wird?				k.A.			?

Bewertung der Antworten durch BN, ÖJV und ANW:

In Berglagen erfüllen die Wälder zahlreiche Schutzfunktionen, deren Erfüllung aber durch überhöhten Wildverbiss gefährdet ist, weil sich die Natur als besonders empfindlich erweist und das Jagden auch schwierig ist. Wenn es Jagdberechtigte wiederholt nicht schaffen, Wildbestände an die für uns alle wichtigen Lebensgrundlagen anzupassen, müssen andere Maßnahmen greifen. Deshalb sollte die Möglichkeit genutzt werden, das Rotwild im Wintergatter zu erlegen. In einem Vorfanggatter kann es gut angesprochen und stressfrei erlegt werden. Als Ausnahme sollte daher die Erlegung nach besonderer Regelung möglich sein. Diese Überlegungen unterstützen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und Linke. Bedauerlich ist, dass CSU sich auch hier einer pragmatischen Lösung verweigert, während sich die Freien Wähler wiederum nicht festlegen wollen, ebenso wie die ÖDP.



Ja



Nein

? unentschieden

k.A. keine Angabe

C) Schwarzwild

In den letzten Jahren bereiten anwachsende Schwarzwildbestände v.a. in der Landwirtschaft große Probleme. Diese werden durch die Afrikanische Schweinepest (ASP) noch deutlich verstärkt. Hier wird abgefragt, ob die Parteien tierschutzgerechte Methoden (s. Nr. 9, 10) unterstützen, die sich in der Vergangenheit bei der Reduktion von Schwarzwildbeständen, z.B. bei der Schweinepest im Spessart in den 1980er Jahren bewährt haben.

11) Großräumige, revierübergreifende Drückjagden

	CSU	SPD	B'90/ Grüne	Freie Wähl.	FDP	Linke	ÖDP
Unterstützt Ihre Partei großräumige, revierübergreifende Drückjagden auf Schwarzwild und andere Schalenwildarten ohne Begrenzung der Treiberzahl?				k.A.			

Bewertung der Antworten durch BN, ÖJV und ANW:

Revierübergreifende Drückjagden erwiesen sich bisher als erfolgreich für die rasche Erlegung und stärken die Solidarität der Jagenden. Dazu ist oft auch eine ausreichende Treiberzahl notwendig. Aktuell dürfen nur dann mehr als 4 Treiber eingesetzt werden, wenn die Drückjagden rein auf Schwarzwild begrenzt werden – vorkommendes Rehwild darf dann nicht mit bejagt werden. Wenn mehr als 4 Treiber eingesetzt werden, sind in Bayern Drückjagden auf alle anderen Schalenwildarten bzw. gemeinsame Drückjagden auf Schwarzwild und Rehwild/Rotwild verboten. Das ist aus Tierschutzgründen nicht nachvollziehbar, weil dann die Wildtiere durch verschiedene Jagden unnötig beunruhigt werden, bei denen Schwarzwild und anderes Schalenwild getrennt bejagt werden müssen. In anderen Bundesländern gibt es diese widersinnige Regelung nicht. Die Verbände begrüßen, dass 5 von 7 Parteien diese Anpassung unterstützen. Bedauerlich ist wiederum, dass CSU sich auch hier einer notwendigen Lösung verweigert, wobei die CSU dazu nur darauf verweist, dass sie das Jagdgesetz nicht ändern will. Die Freien Wähler machen auch dazu keine Angaben.

12) Tierschutzgerechte Saufänge

	CSU	SPD	B'90/ Grüne	Freie Wähl.	FDP	Linke	ÖDP
Unterstützt Ihre Partei es, in den Schwerpunktorkommen des Schwarzwildes tierschutzgerechte Saufänge einzurichten?				k.A.			

Bewertung der Antworten durch BN, ÖJV und ANW:

Die (Afrikanische) Schweinepest wird durch hohe Wildbestände gefördert und verbreitet. Ihre möglichen Auswirkungen auf die Landwirtschaft sind erheblich. Es sollten daher alle Maßnahmen ermöglicht werden, die helfen erhebliche Schäden zu vermeiden. Erfahrungen aus früheren Jahrzehnten zeigen, dass Saufänge hoch wirksam und tierschutzgerecht eingesetzt werden können. Die

 Ja

 Nein

? unentschieden

k.A. keine Angabe

Verbände begrüßen, dass 5 von 7 Parteien diese Anpassung unterstützen. Bedauerlich ist wiederum, dass sich die Freien Wähler wieder nicht festlegen, während die FDP diese Lösung ablehnt.

Fazit

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Parteien SPD und Bündnis90/Die Grünen zu allen gestellten Fragen zustimmend geantwortet haben, gefolgt von der ÖDP bei einer unentschiedenen Frage. Bemerkenswert sind sachlichen Begründungen, die ausführlich von der SPD, teilweise auch von der CSU gegeben wurden. FDP und Linke antworteten überwiegend zustimmend. Die CSU beantwortete 9 von 13 Fragen ablehnend. Überraschend unklar bis ablehnend fielen die Angaben der Freien Wähler aus: sie unterstützen keinen der bewährten Grundsätze und keine der notwendigen Veränderungen. Von den 13 Fragen wurden 6 ablehnend und 7 nicht beantwortet.



Ja



Nein

? unentschieden

k.A. keine Angabe